



Beim Theorieseminar zum Auftakt von Rhetorika 2026 vermittelte die neue Rhetoriktrainerin Anna Krispin den Teilnehmenden Grundlagen zeitgemäßer Kommunikation – von Inhalt und Struktur bis zu Stimme und Körpersprache. Fotos: Ocarina

Rednerwettstreit: Rhetorika startet mit Theorieseminar – Anna Krispin setzt frische Impulse

Auftakt mit Fokus auf Inhalt, Wirkung und Haltung

Der Rednerwettbewerb Rhetorika 2026 ist am vergangenen Samstag mit einem Theorieseminar im Parlament der DG in Eupen gestartet. Trotz schwieriger Wetterbedingungen fanden 40 Abiturientinnen und Abiturienten den Weg zum Auftakt des Wettbewerbs und zeigten großes Interesse an der Kunst der Rede.

Geleitet wurde das Theorieseminar in diesem Jahr erstmals von der neuen Rhetoriktrainerin Anna Krispin, die den Teilnehmenden fundierte Einblicke in zeitgemäße Rhetorik und Kommunikation vermittelte. Im Zentrum standen dabei nicht nur klassische rhetorische Mittel, sondern auch aktuelle Herausforderungen der Kommunikation in einer zunehmend digitalen Welt.

Anna Krispin ist Kommunikationswissenschaftlerin und als Dozentin und Forscherin im Bereich professionelle Kommunikation in digitalen Kontexten tätig. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich unter anderem mit mündlicher Kommunikation, nonverbaler Wirkung sowie dem Einfluss neuer Technologien auf Sprache und Präsentation. Diese Verbindung aus wissen-

schaftlicher Expertise und Praxis brachte sie nun erstmals in den Rhetorika-Wettbewerb ein. „Rhetorik bedeutet heute nicht nur wie man etwas sagt, sondern auch was man sagt“, betonte Anna Krispin. Gerade in Zeiten von Künstlicher Intelligenz und Social Media sei es wichtig, Inhalte kritisch zu hinterfragen, Quellen zu prüfen und Verantwortung für die eigene Kommunikation zu übernehmen. Gleichzeitig spiele die Art der Vermittlung eine entscheidende Rolle: Stimme, Körpersprache, Mimik und Pausen hätten einen großen Einfluss darauf, wie Botschaften wahrgenom-

men werden – sei es in einer Rede, einem Bewerbungsgespräch oder im Teammeeting. Im Theorieseminar stellte Anna Krispin drei zentrale Bausteine einer gelungenen Rede in den Fokus: Inhalt, Text und Form. „Alle drei Elemente müssen zusammenspielen. Wenn eines davon vernachlässigt wird, leidet die Wirkung der gesamten Rede“, erklärte sie. Anhand praktischer Übungen konnten die Jugendlichen ihre vorbereiteten Reden präsentieren und gezielt an Ausdruck, Struktur und Wirkung arbeiten. Neben den fachlichen Inhalten legte die neue

Trainerin großen Wert auf die persönliche Entwicklung der Teilnehmenden. „Ich wünsche mir, dass die Jugendlichen Mut zum Sprechen entwickeln und Feedback als Chance begreifen – nicht als Kritik, sondern als Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln“, erklärte Anna Krispin. Besonders positiv fiel dabei die hohe Reflexionsfähigkeit der Teilnehmenden auf, die Rückmeldungen aufmerksam aufnahmen und aktiv umsetzten.

Das Theorieseminar bildete den Auftakt zu einer Reihe weiterer Programmpunkte im Rahmen von Rhetorika 2026. Am 24. Januar folgt das Vorfinales in Eupen, bei dem die Teilnehmenden eine dreiminütige Rede vor einer Fachjury halten. Acht Finalistinnen und Finalisten qualifizieren sich anschließend für das große Finale am 14. März 2026 in Kino Scala in Büllingen. Am 11. März haben die Finalisten zudem die Möglichkeit, ihr Können bei einer Generalprobe weiter zu verfeinern. (red/sc)

Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie zur Anmeldung finden Interessierte auf den Webseiten www.rhetorika-dg.be und www.ocarina.be sowie auf den Social-Media-Kanälen von Rhetorika.



Mit dem Theorieseminar in Eupen ist der Rednerwettbewerb Rhetorika 2026 offiziell gestartet. In den kommenden Wochen bereiten sich die Teilnehmenden auf Vorfinales und Finale vor.

Parlament: SP kritisiert Zuständigkeiten

Die Rolle der Regierung beim Fachkräftemangel

Im Rahmen der Regierungskontrolle im Parlament der DG (PDG) hat der SP-Abgeordnete Charles Servaty die Zuständigkeiten der Regierung beim Thema Fachkräftemangel grundsätzlich infrage gestellt. Hintergrund war eine schriftliche Frage, die vom Parlamentspräsidium als unzulässig erklärt worden war, da einzelne Fragen die formellen Zuständigkeiten anderer Minister betrafen. Ein Einspruch der SP-Fraktion blieb damals erfolglos.

Servaty sieht darin ein strukturelles Problem: Der Fachkräftemangel sei eine klassische Querschnittsaufgabe. Dadurch bestehe die Gefahr, dass ein „freier Raum“ entstehe – insbesondere mit Blick auf die Rolle des Ministerpräsidenten, der sich in der Vergangenheit wiederholt als zuständig für die Bekämpfung des Fachkräftemangels bezeichnet habe. Der Abgeordnete wollte daher u.a. wissen, ob Ministerpräsident Oliver Paasch (ProDG) für alle Aspekte des Fachkräftemangels verantwortlich sei und wie das parlamentarische Kontrollrecht in diesem Bereich gewährleistet werden könne.

„Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit“, unterstrich Bildungsminister Jérôme Franssen (CSP), der den abwesenden Ministerprä-

sidenten vertrat. Deshalb sei vor einigen Jahren ein Fachkräftebündnis eingesetzt worden, das gezielte Aktionspläne entwickle und begleite – „wohlwissend, dass wir als DG nicht über alle Hebel verfügen, um diese Herausforderung alleine bewältigen zu können“. Dieses Bündnis vereine alle DG-Minister sowie Vertreter von Arbeitgeber- und Mittelstandsverbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und weiteren Institutionen.

Der Ministerpräsident sei für die Organisation und Koordination des Bündnisses zuständig, erklärte Franssen. Das bedeute jedoch nicht, dass sämtliche Aspekte des Fachkräftemangels in seine Zuständigkeit fielen. Viele Bereiche seien klar einzelnen Ressorts zugeordnet, etwa der Pflegekräftemangel dem Gesundheitsbereich oder der Lehrermangel dem Unterricht.

Der Minister machte zudem deutlich, dass es keinen „kontrollfreien Raum“ geben dürfe. Sollte etwa eine Interpellation an alle Regierungsmitglieder gerichtet werden, werde die Regierung „selbstverständlich Rede und Antwort stehen“. Die Entscheidung über die Zulässigkeit schriftlicher Fragen falle jedoch in die Zuständigkeit des Präsidiums und ist die „Aufgabe des Parlaments selbst“. (nc)

Mercosur: Ecolo kritisiert Enthaltung Belgiens

„Hat faktisch zur Annahme beigetragen“

Am vergangenen Freitag hat der Rat der EU der Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens zugestimmt. Gegen diese Entscheidung stimmten Frankreich, Polen, Österreich, Ungarn und Italien.

Belgien enthielt sich der Stimme. „Diese Enthaltung bedeutet konkret, dass Belgien keinen Beitrag zur Bildung einer Mehrheit zur Ablehnung des Abkommens geleistet hat und sich somit nicht an die Seite jener Länder gestellt hat, die sich klar gegen das Mercosur-Abkommen positionierten“, heißt es in einer Pressemitteilung von Ecolo Ostbelgien. Diese Haltung spiegle die fehlende Einigkeit innerhalb der Arizona-Koalition wider und habe „faktisch zur Annahme des Abkommens beigetragen“.

Es wurde außerdem beschlossen, den handelspolitischen Teil des Abkommens schon anzuwenden, ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments abzuwarten. „Auch wenn dieses Vorgehen rechtlich möglich ist, stellt es einen folgenreichen Bruch mit den gängigen Regeln der loyalen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen dar und schwächt den demokratischen Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene erheblich“, heißt es seitens Ecolo.

Das Ziel des Mercosur-Abkommens ist die Abschaffung der Zölle zwischen der EU und den Mercosur-Mitgliedstaaten „Mit diesem Abkommen haben die Automobil- und Chemieindustrie den Kampf gegen die europäische Ernährungs- und Landwirtschafts-

hoheit gewonnen. Die Folgekosten – in Form von Entschädigungen, um die negativen Auswirkungen dieses Abkommens abzufedern, müssen dann allerdings vom Steuerzahler getragen werden“, kritisieren Ostbelgiens Grüne. Laut Saskia Bricmont, Ecolo-Abgeordnete im EU-Parlament, zeuge diese Entscheidung von einer Missachtung unserer Landwirte sowie des europäischen Demokratisierungsprozesses. Zwar hätten die Mitgliedstaaten begleitende Rechtsvorschriften verabschiedet, die Landwirte vor dem Zustrom sogenannter sensibler Produkte wie Rindfleisch, Geflügel, Soja oder Zucker schützen sollen. Doch seit Monaten, und auch weiterhin, würden Landwirte die Sinnlosigkeit und mangelnde Wirksamkeit dieser Schutzmaßnahmen anprangern.

Auch die angekündigte Vorauszahlung von 45 Milliarden Euro im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) könne „nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Gesamthaushalt der GAP gleichzeitig um rund 20 Prozent gekürzt wurde“. Für die europäischen Landwirte bedeute dies eine „doppelte Bestrafung“. Sie erhielten keine wirksamen Garantien gegen unlauteren Wettbewerb und keine verlässlichen Einkommensgarantien.

„Ecolo setzt sich weiterhin für eine lokale Landwirtschaft, faire Einkommen für Landwirte und Abkommen ein, die den Interessen der Bevölkerung dienen, und nicht ausschließlich denen der Großindustrie“, so der abschließende Wortlaut der Pressemitteilung. (red/nc)

rhetorika

BRF

DAKOTEC
VERANSTALTUNGSTECHNIK

DELHAIZE **AD EUPEN**

east belgica
das kultureltnetzw

Ostbelgien
Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Kabelwerk EUPEN AG

KINO SCALA
BÜLLINGEN

FAYMONVILLE GROUP

GRENZECHO

KBC

CHRISTLICHE KRAKENKASSE

PARLEMENT
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

pavonet

viersieben.

Rotary Club Eupen

Rotary Club St. Vith - Eifel